



Mitgliederzeitung August 2019

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Sommerpause nähert sich dem Ende und ich möchte euch zu unseren Distriktsversammlung am 13. August einladen. Bei unserem Sommergrillen haben wir schon begonnen über die letzten Wahlen zu diskutieren. Das Ergebnis der Europawahl ist ernüchternd für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Auch die Bezirkswahlergebnisse können uns nicht zufriedenstellen. Wir haben zwar 16 Mandate in der neuen Bezirksversammlung errungen, aber vorher hatten wir 23. Der Kreisvorstand der Wandsbeker SPD hat beschlossen, mit den Grünen Koalitionsgespräche, mit jetzt 15 Mandaten, aufzunehmen. Für uns ist das Wichtigste, dass wir unseren Bezirk weiter stabil und unseren Zielen verpflichtet regieren, insbesondere auch mit Hinblick auf die bevorstehende Bürgerschaftswahl. Vor allem gilt es aber, unsere gute Arbeit im Bezirk besser darzustellen. Daher wollen wir auf der kommenden Distriktsversammlung auch noch einmal die bezirklichen Ergebnisse analysieren. Unser Bürgerschaftsabgeordneter Jens Schwieger wird eine weitergehende Analyse für den 13. August vorbereiten. Ich hoffe auf eine rege Beteiligung und gute Diskussionen.

Mit solidarischen Grüßen

Andreas Ernst

Themen:

Parteivorsitz	Seite 2
Klima schützen. Sozial. Gerecht	Seite 3
Bezahlbaren Wohnraum schaffen	Seite 4
Bauen in Bramfeld	Seite 4
Azubi-Mindestlohn kommt	Seite 5
U5- Die Kosten stehen fest	Seite 6
Wohnungsbau verantwortungsvoll	Seite 7
Bürgerschaftswahl 2020	Seite 8

Viel Spaß beim lesen

Distriktsversammlung SPD Bramfeld-Süd

**Thema: Wahlanalyse Bezirkswahl
in Wandsbek 2019**

Referent: Jens Schwieger

13. August 2019

Ort: BSV Treff

Ellernreihe 88



Bitte notieren! Der Hamburger Termin für die bundesweiten Vorstellungsrunden aller Kandidatinnen, Kandidaten und Doppelteams für den Parteivorsitz:

**Mittwoch, den 18. September 2019,
19.00 Uhr**

Der Veranstaltungsort steht noch nicht endgültig fest - er kommt dann mit einer Einladung nach der Sommerpause.

WER SOLL'S WERDEN?

ENTSCHEIDE MIT!

Impressum (V.i.S.d.P):

**SPD Bramfeld-Süd
c/o Andreas Ernst
Seekamp 18
22177 Hamburg**

**Kontakt und Information:
SPD Bramfeld-Süd
www.spd-bramfeld.de**

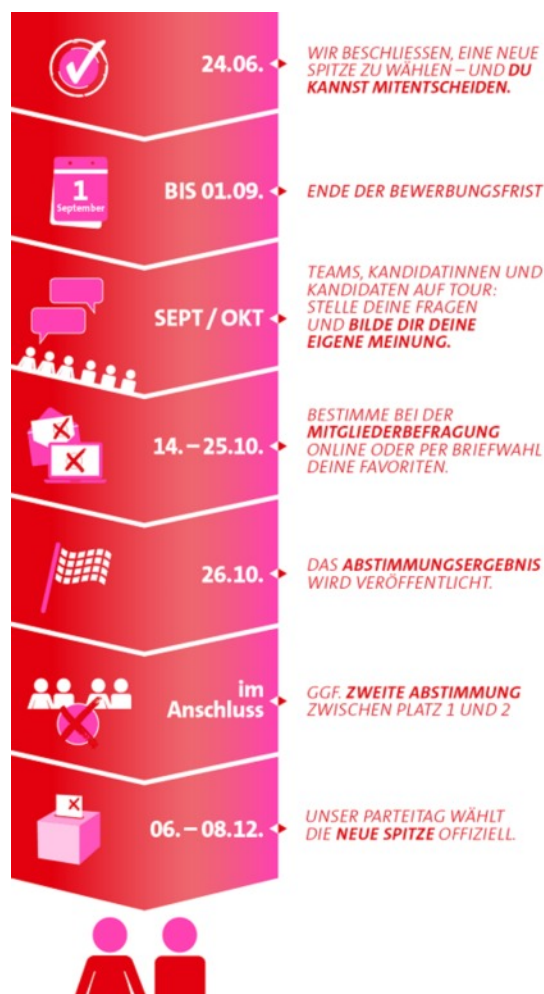
**E-Mail:
sued@spd-bramfeld.de**

Distrikt
Bramfeld-Süd

SPD



Parteivorsitz



Andrea Nahles hat klare Konsequenzen aus den letzten Wahlergebnissen und der innerparteilichen Diskussion über sie gezogen. Sie Verantwortung übernommen. Ich möchte das alles hier nicht kommentieren, dass wurde bereits ausführlich über die Medien gemacht. Für uns als Mitglieder bedeutet das, dass wir erneut über einen Parteivorsitz abstimmen müssen. Die kommissarischen Parteivorsitzenden und der Parteivorstand haben einen klaren Weg zur Wahl unserer neuen Parteiführung vorgeschlagen. Sie haben in die Partei hineingehört und einen ganz neuen Weg vorgeschlagen. Es wird eine Mitgliederbefragung geben. Und es soll zukünftig eine Doppelspitze möglich sein. Deshalb werden Kandidatinnen und Kandidaten aufgerufen sich als Team für eine Doppelspitze zu bewerben. Aber auch Einzelbewerberinnen und Einzelbewerber sind möglich, sodass wir alle eine echte Wahl bei der Mitgliederbefragung haben. Vor uns liegen also spannende

und wieder einmal sehr wichtige Monate. Jedes Team soll eine gemeinsame Vorstellung davon haben, wie es führen will und diese vorstellen. Wir müssen Persönlichkeiten finden, die sich vertrauen und aufeinander verlassen können. Ideen für die Zukunft der SPD – und für unser Land. Das gleiche gilt natürlich auch für Kandidatinnen und Kandidaten, die allein antreten wollen. Das wird ein offener und transparenter demokratischer Prozess. Wir werden hoffentlich einen Wettbewerb von Ideen und Persönlichkeiten erleben. Im Netz und auf regionalen Veranstaltungen. Und dann werden wir alle das Wort haben, wer uns in den kommenden Jahren führen soll. Der Bundesparteitag wählt dann unsere neue Parteiführung so wie es unsere Satzung vorsieht. Unser Weg wird zeigen, dass Politik spannend ist und es sich lohnt, sich einzubringen. Dass es etwas Besonderes ist, Sozialdemokratin und Sozialdemokrat zu sein. Dass Fortschritt heißt, bei sich selbst anzufangen. Mutig und selbstbewusst. Ideen für die Zukunft der SPD – und für unser Land. Liebe Genossinnen und Genossen, das erste Mal könnt ihr bei der Befragung zum Parteivorsitz **auch online abstimmen**. Die Online-Abstimmung ist einfach, sicher und geheim. Außerdem spart das der SPD viel Geld, weil so kein Porto für die Briefabstimmung ausgegeben werden muss. Bitte nutzt diese Möglichkeit! Bitte notiert für Eure Planung hier schon einmal der Hamburger Termin für die bundesweiten Vorstellungsrunden aller Kandidatinnen, Kandidaten und Doppelteams für den Parteivorsitz:

Mittwoch, den 18. September 2019, 19.00 Uhr

Der Veranstaltungsort steht noch nicht endgültig fest - er kommt dann mit der Einladung nach der Sommerpause. Auf unserer Distriktsversammlung im September werden wir dann näher auf dieses Thema eingehen.

Von:
Andreas Ernst





Klima schützen. Sozial. Gerecht.

Von: Andreas Ernst

Klima schützen. Sozial. Gerecht.

Der SPD Parteivorstand hat einen Masterplan vorgelegt für einen sozial gerechten Klimaschutz. Dies ist endlich der richtige Ansatz. Denn wir wissen doch alle, es muss sich etwas verändern und das schnell. Und es muss sozial fair sein. Wir müssen jetzt handeln, damit wir die vereinbarten Ziele für den Klimaschutz auch erreichen. Und das gelingt nur mit vereinten Kräften. Dazu brauchen wir verschiedene Maßnahmen: Der Ausstoß von CO₂ muss einen Preis haben. Dieses Geld wird mit einer Klimaprämie für alle Bürgerinnen und Bürger zurückgegeben. Dann lohnt sich umweltfreundliches Verhalten für den eigenen Geldbeutel. Mit höheren staatlichen Zuschüssen können sich auch Menschen mit niedrigem Einkommen ein Elektroauto leisten. Indem wir Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Fortschritt verbinden, wollen wir Arbeit und Umwelt zusammen bringen. Mit diesem Weg werden wir auch Perspektiven für die Menschen in den Kohleregionen schaffen.

Damit Klimaschutz für alle bezahlbar bleibt

Die SPD zeigt, wie der Klimawandel sozial gerecht gestaltet werden kann. Wir wollen sicherstellen, dass Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen nicht zusätzlich belastet werden. Denn vor allem sie sind es, die schon heute mehr zum Klimaschutz beitragen als andere: Sie fahren kleinere Autos, nutzen öfter den Öffentlichen Nahverkehr, wohnen in kleineren Wohnungen, nutzen seltener das

Flugzeug. Damit Klimaschutz für alle bezahlbar bleibt, brauchen wir einen Mix an Instrumenten: Beispielsweise beim Kauf von Elektroautos höhere staatliche Zuschüsse für Menschen mit niedrigem Einkommen. Auch beim Strukturwandel in den Kohleregionen lassen wir die Beschäftigten nicht im Stich. Ziel ist, Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlichem Fortschritt zu verbinden. Oder kurz: Arbeit und Umwelt zu versöhnen.

Den Ausbau der Erneuerbaren Energien beschleunigen – 65% bis 2030.

Wir wissen: Durch den vereinbarten Ausstieg aus der Kohle müssen unsere Ausbauziele bei den Erneuerbaren Energien ambitionierter werden. Deshalb organisieren wir jetzt die nächste Stufe der Energiewende: Momentan ist die Vergütung der Energieerzeugung durch Wind und Sonne bei einer bestimmten installierten Leistung gedeckelt, das heben wir auf. Ziel ist eine Preisumkehr: Erneuerbare Energien müssen langfristig billiger werden.

Die Energiewende vor Ort zu einem Gewinn für alle machen.

Wir wollen die kommunale Energiewende unter starker Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort schaffen. Zum Beispiel mit Bürgerwindparks oder einer finanziellen Beteiligung der Anwohner. Kommunen, die einen besonderen Beitrag zur Windenergie leisten, erhalten zum Ausgleich eine stärkere finanzielle Unterstützung.

Mehr Elektromobilität auf die Straße bringen.

Um das zu erreichen, will die SPD Beschäftigte mit niedrigerem Einkommen beim Kauf eines Elektroautos mit einem höheren staatlichen Zuschuss unterstützen.

Eine ökologische Steuer- und Abgabenreform.

Mit einem Preis auf klimaschädliche CO₂-Emissionen werden wir den Umstieg auf klimafreundlichere Technologien bei Wärme und Verkehr beschleunigen. Damit niemand ungerecht belastet wird, wird das eingenommene Geld den Bürgerinnen und Bürgern zurückgegeben. Wer sich klimafreundlich verhält, hat künftig mehr Geld in der Tasche.

Bezahlbarer Wohnraum, der das Klima schützt.



Wir tun etwas
fürs Klima.



Wir wollen zukünftig die Warmmiete zur Grundlage der Mietgesetzgebung machen. So bleiben die Kosten zur Energieeinsparung bei Wohnungen nicht bei den Mieterinnen und Mietern hängen, sondern sind vom Eigentümer bzw. Vermieter zu tragen.

Die Finanzierung des Wandels sichern.

Außerdem wollen wir das Vermögen des Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung in Zukunft stärker für klimapolitisch relevante Investitionen einsetzen.

Die SPD hat sich immer als Partei der hart arbeitenden Menschen verstanden. Aber wir müssen unbedingt beim Klimaschutz wesentlich besser werden. Nun haben wir sozialdemokratische Vorschläge auf dem Tisch, wie wir Arbeit und Umwelt zusammenbringen können. Nämlich in dem wir die Energiewende deutlich beschleunigen, in dem wir verstärkt auch auf den Einstieg in die Wasserstoffwirtschaft setzen, in dem wir den großen Umstieg bei der Energiewende hin zu alternativen Antrieben und vieles andere mehr politisch und sozial flankieren. Das ist für uns als SPD ein ganz wichtiger Diskussionsentwurf für die Zukunft unserer Erde.



Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten!

Von: Frank Karrenberg

Immer mehr Menschen können sich Wohnen nicht mehr leisten. Der weitere Anstieg der Mieten muss gestoppt werden. Jetzt und mit konkreten Maßnahmen: Wir wollen gesetzlich regeln, dass die Miete nicht stärker steigen



darf als die Inflation. Mit einer Mietpreisbremse, die durch einen längeren Zeitraum bei der örtlichen Vergleichsmiete verschärft wird. Auch beim Kauf einer Wohnung, wie bei Vermietungen, muss das Bestellerprinzip gelten: Wer den Makler bestellt – bezahlt. So halten wir Wohnen bezahlbar. Doch CDU und CSU blockieren für Immobilienkonzerne und Spekulanten. Wir sollten weiter im Interesse der Mieterinnen und Mieter dafür streiten.

Bauen in Bramfeld – Bauen in meiner Nachbarschaft

Von: KA

Seit einiger Zeit ragen die neuen Wohnbauten am Bramfelder Dorfgraben hinter dem Brakula-Gelände so weit auf, dass man sie von der Bramfelder Chaussee aus sehen kann. Seitdem bin ich neugierig geworden, was da entsteht. Spannend war, was Holger Fehrsmann vom Wohnungsverein von 1902 e.G. dazu auf der Stadtteilkonferenz berichten konnte. Beim Wohnungsverein handelt es sich um eine Genossenschaft, die einen Wohnungsbestand von 2800 Wohnungen hat. Sie hat den südlichen Teil am Bramfelder Dorfgraben von der Stadt gekauft. Der nördliche Teil wird von der Familie Danger mit 4 Häusern bebaut. Bei den fünf Häusern des Wohnungsverein handelt es sich um ein Pilotprojekt der Baubehörde, dass mit öffentliche Geldern gefördert wird und nach Fertigstellung zu einem Quadratmeterpreis von € 8,- vermietet wird. Dieser Preis ist 5 Jahre fest. Es werden 154 Wohneinheiten mit 2 bis 4 Zimmern gebaut, die 53 bis 105 qm Wohnfläche aufweisen. Die Fertigstellung wird im Dezember 2019 erfolgen. Die neue Straße mit Zufahrt von der Fabriciusstraße, ein Regenrückhaltebecken und ein Kreisels am Leeschensblick werden bis Ende des Jahres von der Stadt gebaut. Der südliche Teil wird auto-



frei sein. Geplant sind lediglich 60 Stellplätze. Begründet wird das mit der zukünftig guten Anbindung an die U-Bahn.

Was macht den Wohnungsbau am Dorfgraben so preisgünstig?

Entscheidend bei der Preisgestaltung ist der Verzicht auf Fahrstühle. Somit sind nur die Erdgeschosswohnungen barrierefrei. Außerdem sind nicht alle Häuser unterkellert. Die Wohnungen haben bei der Übergabe keine Fußböden sondern nur einen Estrich. Die Grundrisse der Wohnungen sind vereinheitlicht. Die Wohnungen weisen den sehr guten Energieeffizienzstandard 55 auf. Es wird ein Gasheizkraftwerk geben, das die Neubauten mit Fernwärme versorgt. Außerdem gibt es Schallschutzauflagen in Richtung zum Brakula und zur Fabriciusstraße hin zu erfüllen. Hervorzuheben ist auch die geplante Dachbegrünung. Die neuen Wohnungen werden nicht auf dem freien Wohnungsmarkt angeboten, da bisherige Mieter anderer Genossenschaftswohnungen einziehen werden. Weitere Projekte in Bramfeld des Wohnungsverein sind jedoch in Bramfeld in Planung. Die Stadtteilkonferenz fand die Präsentation sehr erfreulich und informativ und bedankt sich bei dem Referenten mit viel Applaus. Bedenken gab es wegen der geringen Stellplatzzahl verbunden mit der Befürchtung, dass der Seekamp darunter zu leiden haben wird. Dagegen steht aber die Tendenz gerade jüngerer Menschen, auf das eigene Auto vor der Haustür zu verzichten. Mit dem Projekt unterstützt der Wohnungsverein eine fortschrittliche Verkehrs- und Wohnungsbaupolitik. Aus umweltpolitischer Sicht eine gelungene Planung und ein Gewinn für den Stadtteil.



Azubi-Mindestlohn kommt



Von: Frank Karrenberg

Ausbildung hat und ist Zukunft. Für die, die eine machen und für die Betriebe. Auszubildende lernen und packen an. Dafür verdienen sie Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Zum 01. Januar 2020 wird der Azubi-Mindestlohn eingeführt. Bereits im August 2019 wird die finanzielle Unterstützung in Ausbildungszeiten angepasst. Dazu werden die Regelungen von Berufsausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld vereinfacht. Wenn Azubis etwa zu Hause ausziehen müssen, weil der Ausbildungsbetrieb zu weit vom Wohnort entfernt und die Ausbildungsvergütung zu gering ist. Zudem werden die Bedarfssätze erhöht. So wird die Berufsausbildung attraktiver. Auszubildende verdienen ab dem kommenden Jahr mindestens 515 Euro im Monat. In den Folgejahren erhöht sich die Mindestvergütung für Auszubildende weiter. Wer 2021 seine Lehre beginnt, bekommt mindestens 550 Euro, 2022 sollen es 585 Euro sein und im Jahr darauf 620 Euro. Im zweiten, dritten und vierten Lehrjahr gibt es ebenfalls mehr - plus 18 Prozent im zweiten Jahr, 35 Prozent im dritten und 40 Prozent im vierten Ausbildungsjahr. Das hat die SPD innerhalb der Regierung durchgesetzt. Das Gesetz soll am 1. Januar 2020 in Kraft treten. In den Beratungen zum Gesetzentwurf will die SPD-Fraktion weitere Verbesserungen erreichen, zum Beispiel bei der Ausbildungsqualität. Außerdem will die



Fraktion die Rahmenbedingungen für Auszubildende verbessern, wenn es um Freistellung für Berufsschulzeiten geht. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bekommen 115.000 Azubis aktuell weniger als 500 Euro monatlich. Unter der neuen Mindestlohn-Grenze lagen 2018 nach Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung beispielsweise Raumausstatter-Auszubildende, die in Ostdeutschland 480 Euro im Monat verdienen, aber auch Schornsteinfeger mit 450 Euro und ostdeutsche Friseure mit 325. Am stärksten profitieren würden demnach Fleischer-Azubis in Ostdeutschland. Es kann aber Ausnahmen geben: Einigt sich eine Gewerkschaft mit Arbeitgebern in einem Tarifvertrag auf eine niedrigere Vergütung, kann regional oder in bestimmten Branchen auch nach unten von den neuen Grenzen abgewichen werden. Nach Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung trifft das aber kaum zu: Demnach reichte die Spannbreite der in Tarifverträgen vereinbarten Ausbildungsvergütungen im vergangenen Jahr von 610 Euro für einen Azubi im ersten Jahr im Kfz-Handwerk in Thüringen bis zu 1580 Euro im vierten Ausbildungsjahr im westdeutschen Bauhauptgewerbe. Bereits zum 1. August erhalten Auszubildende, die nicht bei ihren Eltern wohnen, zudem höhere staatliche Zuschüsse. Im kommenden Monat steigt der Höchstbetrag für Lebensunterhalt und Wohnen von derzeit 622 Euro auf 716 Euro monatlich. Zum 1. August 2020 wird er nochmals auf 723 Euro pro Monat erhöht. Die Bundesagentur für Arbeit zahlt diese Zuschüsse, wenn der Ausbildungsbetrieb zu weit von den Eltern entfernt ist, um zu Hause wohnen zu bleiben, die Ausbildungsvergütung aber nicht reicht für Miete, Verpflegung und Fahrten. Weiterhin können Auszubildende Zuschüsse, etwa für Fahrkosten oder Kinderbetreuung beantragen. Erhöht wird auch das Ausbildungsgeld für Menschen mit Behinderung, die auf besondere Ausbildungseinrichtungen angewiesen sind.

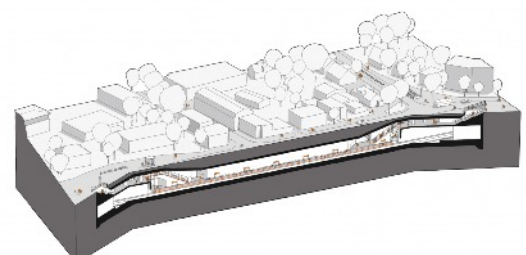


U5 - Die Kosten stehen fest

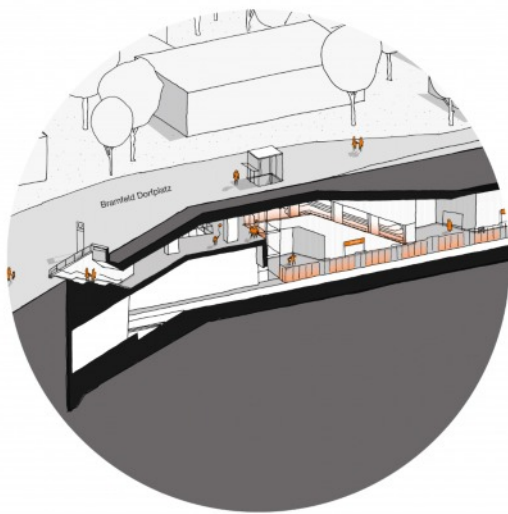


Quelle: schneller-durch-hamburg.de

Die Entwurfsplanung für den ersten Abschnitt der U5 von Bramfeld über Steilshoop, Nordheimstraße und Sengmannstraße bis in die City Nord ist abgeschlossen. Damit ist ein Planungsstand erreicht, um eine belastbare Kalkulation der Kosten für die fünf neuen Haltestellen und die 5,8 Kilometer lange Strecke der U5 Ost zu ermöglichen. Sie belaufen sich auf rund 1,75 Milliarden Euro. Was in den Kosten enthalten ist: Einerseits die eigentlichen Baukosten von rund einer Milliarde Euro, die unter anderem den Bau der Tunnelstrecke sowie von Haltestellen, Brücken und Notausgängen umfassen. Dazu gehören aber auch Ausgaben für die Technik für den automatisierten Betrieb. Damit die U5 als erste U-Bahn-Linie Hamburgs fahrerlos fahren kann. Einkalkuliert in die Gesamtsumme werden zudem die Baunebenkosten inklusive Planungsleistungen von 269 Mio. Euro. Dazu zwei wichtige Puffer, um einen möglichen Anstieg der Kosten für ein mehrjähriges Projekt vorausschauend einschätzen zu können: In die Gesamtkosten werden Risikokosten in Höhe von 124 Mio. Euro und mögliche Preissteigerungen bis zum Bauende von 311 Mio. Euro einberechnet. Werte, die mithilfe eines externen Gutachters erhoben wurden und regelmäßig überprüft werden sollen. Die zuständige Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI) prüft die sogenannte Bau- und Kostenunterlage jetzt im Sinne der Drucksache Kostenstabiles Bauen.



Quelle: schneller-durch-hamburg.de



Quelle: schneller-durch-namburg.de

Mit den dort genannten Anforderungen an Bauprojekte in Hamburg soll eine nachvollziehbare und belastbare Kostenermittlung aufgestellt werden, damit Bauprojekte in Hamburg nicht immer teurer werden. Was die Erfahrung auf jeden Fall zeigt: Die HOCHBAHN hat bereits bei der U4 vom Jungfernstieg in die HafenCity bewiesen, dass sie Großprojekte im vorgegebenen Zeit- und Kostenrahmen erfolgreich umsetzen kann. Für die Finanzierung des Projekts gibt es verschiedene Quellen und Möglichkeiten. Die Stadt hat u.a. ein Sondervermögen für den Ausbau des Schnellbahnnetzes eingerichtet. Zudem wird auch eine Förderung mit Bundesmitteln angestrebt, das Projekt U5 Ost ist in Berlin bereits angemeldet. Dabei können über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) projektbezogen bis zu 60 Prozent der förderfähigen Kosten durch den Bund übernommen werden. In der Regel werden zwischen einem Drittel und der Hälfte der Gesamtkosten eines großen Infrastrukturprojekts gefördert. Bei der U4 HafenCity hat der Bund etwa 50 Prozent der Projektkosten übernommen.



Quelle: schneller-durch-hamburg.de

Verantwortungsvoller Wohnungsbau

Das Institut der Deutschen Wirtschaft hat im Rahmen der Studie „Ist der Wohnungsbau auf dem richtigen Weg?“ aktuelle Zahlen zum Wohnungsbau in Deutschland ermittelt. Demnach setzt Hamburg die richtigen Schwerpunkte und macht im Vergleich mit anderen deutschen Metropolen vieles richtig. Das Ergebnis: Die Hansestadt liegt beim Wohnungsbau im Vergleich der sieben größten deutschen Städte an der Spitze. Hamburg ist bei den jährlich fertiggestellten Wohnungen nicht nur im Vergleich der sieben größten Städte vorn, sondern toppt auch den Bundesdurchschnitt. Das ist ein sehr gutes Ergebnis und Beleg des verantwortungsvollen Handelns des SPD geführten Senates. Seit 2011 arbeiten wir als SPD Hamburg kontinuierlich an Verbesserungen für den Hamburger Wohnungsmarkt in der Stadt, in den Bezirken. Die Auswirkungen bilden sich jetzt in der Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft ab. Mit mehr als 10.000 fertiggestellten Wohneinheiten in 2018 liegen Hamburg über dem ermittelten jährlichen Bedarf pro Jahr. Die Studie bescheinigt, dass Hamburg mittelfristig eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt erreichen wird. Mit unserer Einigung mit der Volksinitiative ‚Hamburgs Grün erhalten‘ haben wir gezeigt, dass wir dabei auf einem nachhaltigen Weg sind.

Weitere Informationen zur Studie „Ist der Wohnungsbau auf dem richtigen Weg?“: https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2019/IW-Report_2019_Wohnungsbaubedarfmodell.pdf



Bürgerschaftswahl 2020



Von: Andreas Ernst

Liebe Genossinnen, liebe Genossen. Im kommenden Jahr sind Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Diese Wahlen werden, voraussichtlich, unter einem schlechten Bundestrend für uns ablaufen. Daher müssen und werden wir uns bei der Bürgerschaftswahl auf hamburgpolitische Themen konzentrieren müssen. Wir müssen den Menschen in unserer Stadt immer wieder sagen, dass sie über Hamburger Themen entscheiden. Für uns geht es darum, das mit dem Versprechen für die Zukunft und dem guten Leben in der Stadt zusammenzubringen. Darum muss es gehen: Hamburg für alle Menschen. Wir haben ein gutes inhaltliches Angebot für die Zukunft und eine sehr klare Kompetenzzuschreibung, was den Ersten Bürgermeister angeht. Wir werden uns als Hamburger SPD selbst stark machen müssen. Das ist wichtiger, als jemand anderen in den Blick zu nehmen. Die Themen, die in der Zukunft in Hamburg eine große Rolle spielen, sind immer noch auf dem Tisch. Wichtig ist, im Wahlkampf den Menschen in Hamburg klar zu sagen welche Hamburger Lösungen für die Zukunft wir haben. Wir müssen den Menschen in der Stadt konkret sagen wie sozialdemokratische Bildungspolitik in der Stadt konkret aussehen soll, wie sozialdemokratische Sozialpolitik konkret aussehen soll, wie sozialdemokratische Wirtschaftspolitik konkret aussehen soll, wie wir alle gemeinsam in unserer Stadt weiter gut leben und arbeiten wollen. Die Menschen bewerten nicht nur das getane, nicht die Forderungen, sondern das konkrete Tun, die konkrete Umsetzung der Zukunftspläne. Die SPD in Hamburg ist die Partei, die dafür sorgen muss. Liebe Genossinnen und Genossen unten aufgeführt findet ihr schon einmal den groben Fahrplan für die Bürgerschaftswahl 2020. Sicherlich werden wir in den nächsten Monaten noch viele Diskussionen und einen tollen Wahlkampf führen.



SPD

Fahrplan für die Bürgerschaftswahl bis 09.08.2019

Distrikte: Personalvorschläge für die Kreisnominierungen für die Landesliste

Distrikte/Wahlkreiscommissionen: Personalvorschläge für die Wahlkreisvollversammlungen

ab 12.08. bis 27.9.2019:

Distrikte: Wahl der Landesvertreter/innen für die Landesvertreterversammlung zur Wahl der Landesliste am 02.11.2019

Distrikt Bramfeld-Süd am 10. September; Einladung erfolgt per Post

ab 27.08. bis 27.09.2019:

Wahlkreise: Wahlkreisvollversammlungen für die Wahl der Kandidierenden auf den Wahlkreislisten (WK 11, WK 12, WK 13 und WK 14)

28.09.2019:

Kreisdelegiertenversammlung zur Nominierung der Kandidierenden für die Landesliste (LVV am 02.11.19) und Antragsbeschlüsse für den LPT 30.11.19 (Wahlprogramm)

Wir vor Ort

Abgeordneter für die Hamburgische Bürgerschaft für den Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Abgeordnetenbüro Bramfeld

Bramfelder Abgeordneter: **Jens Schwieger**

Bramfelder Chaussee 312 | 22177 Hamburg

Telefon: 040 – 63 91 76 79

E-Mail: buero@schwieger-hamburg.de



SPD-Fraktion Bezirksversammlung Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg

Telefon: 682 67 784

E-Mail: spdfraktion-wandsbek@t-online.de



SPD-Kreisbüro Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg

Telefon: 689 44 511

E-Mail: hh-wandsbek@spd.de



SPD-Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher Allee 10 | 20097 Hamburg

Telefon: (040) 280 848 - 0

Fax: (040) 280 848 - 18

E-Mail: kontakt@spd-hamburg.de

